



José Manuel Barroso wurde für weitere fünf Jahre als Präsident der EU-Kommission vom Europäischen Parlament bestätigt. Doch seine

Wiederwahl wäre ohne Zugeständnisse an die EU-Volksvertreter kaum möglich gewesen. Die Auflagen für Barroso bedeuten einen Machtzuwachs für das Parlament

# Eine zweite Chance mit harten Auflagen

Barrosos Wiederwahl zum Kommissionschef ist mit Zugeständnissen an das Europäische Parlament verbunden

Von Giorgio Tzimurtas

Die Zitterpartie war beispiegellos: Monatlang blieb EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso im Ungewissen über seine Wiederwahl – obwohl es keinen Gegenkandidaten für den Spitzenposten gab, obwohl die 27 Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten den Konservativen sogar einstimmig für eine Bestätigung durch das Europäische Parlament nominiert hatten. Selbst viele Europa-Parlamentarier aus den konservativen Reihen warfen Barroso vor, er sei als Kommissionspräsident zu blass. Um ihm ein Fiasko zu ersparen, verschob die schwedische EU-Ratspräsidentschaft die Wahl vom Juli auf Mitte September.

Am Mittwoch konnte der Portugiese zwar aufatmen, weil er in der EU-Volksvertretung sogar eine breite Mehrheit auf sich vereinigte. Doch das Votum der EU-Abgeordneten ist für Barroso nicht einfach nur das glückliche Ende einer Zeit zwischen Hoffen und Bangen. Denn die zweite Amtszeit des 53-Jährigen ist mit etlichen Auflagen verbunden – zugunsten des Europäischen Parlaments.

Die Zugeständnisse, die Barroso im Vorfeld insbesondere an die Mehrheitsfraktion der Konservativen (EVP) machen musste, reichen weit. Es geht nicht nur um Inhalte der Kommissionspolitik, sondern auch um wichtige Veränderungen im politischen System der EU. So bringt die Barroso-Wahl einen Machtzuwachs für das Parlament mit sich – eine Zäsur in



Bewerbungrede: Ungewohnt engagierter Auftritt Barrosos im Europäischen Parlament in Straßburg.

Foto: dpa

der Geschichte der EU. „Barroso hat mit seiner Wiederwahl keinen Blankoscheck in der Hand“, beschreibt der Vechtaer Europa-Abgeordnete Hans-Peter Mayer (CDU/EVP) die Situation für den Kommissionspräsidenten. Zu den Bedingungen der EVP-Fraktion für die Wiederwahl Barroso zählte neben der Zusage zu mehr Anwesenheit des Kommissionspräsidenten im Europäischen Parlament und den Ausschüssen auch die Verpflichtung zu einer verstärkten Kommunikation der EU-Behörde mit den Volksvertretern im Zuge der Gesetzgebung. Von zentraler Bedeutung sei, „dass Barroso und die Kommission die Initiativanträge des Parlaments einer ernsthaften Prüfung unterziehen“, berichtet Mayer weiter.

Bislang kommen nur sporadisch Initiativanträge aus der der EU-Volksvertretung, da dieses Recht explizit nicht festgeschrieben ist. Zwar gab es eine Übereinkunft, dass die Kommission dennoch die Vorschläge beachtet. Doch mit der neuen Vereinbarung ist der Druck hierfür wesentlich gestiegen – und faktisch hat das Europäische Parlament nunmehr ein Initiativrecht in der EU-Gesetzgebung.

Eine weitere markante Änderung ist auf die Zukunft ausgerichtet: Sollte der Reformvertrag von Lissabon ab Januar 2010 in Kraft treten, gibt es auch den Posten des Hohen Vertreters für die Außenpolitik. „Wir haben gefordert, dass er unter die Kontrolle des Parlaments gestellt wird“, betont Mayer.

Das ist insofern von herausragender Bedeutung, als das Eu-

ropäische Parlament laut dem Lissabon-Kontrakt in allen Bereichen der EU-Gesetzgebung in die Mitbestimmung – außer in der Außenpolitik. Mit der Rechtfertigungspflicht des „EU-Außenministers“ gegenüber dem Plenum aber hat sich das Parlament hier einen entscheidenden Einfluss gesichert. Ein weiterer Punkt: Barroso gab grünes Licht für eine Erweiterung der Kommission. So soll es jetzt ein eindeutiges Ressort für Klimapolitik geben.

Mayer hebt zudem hervor, dass Barroso wohl auch mit seinen Zielen in der Arbeits- und Sozialpolitik (siehe Kasten



Hans-Peter Mayer



Martin Schulz

rechts) punkten konnte. So wurde in der Fraktion der Sozialdemokraten (SPE) letztlich diese Marschrichtung ausgerufen: Enthaltung statt Nein-Stimme. Dennoch: Als Barrosos Wiederwahl im Europäischen Parlament verkündet wurde, gab es vom SPE-Fraktionschef, dem Deutschen Martin Schulz (SPD), keinen Händedruck und keinen Blumenstrauß für den Portugiesen. Schulz blieb demonstrativ sitzen, während sogar Barrosos vehementesten Gegner stehend applaudierten.

Schulz, der nach den Wünschen der SPD Nachfolger des

deutschen Industriekommissars Günter Verheugen (SPD) werden soll, nominierte nach der Wahl Barrosos: Es sei ein „Armutszeugnis“, dass Barroso auch auf der Basis von Stimmen der Euroskeptiker gewählt worden sei. Er halte ihn für eine „Fehlbesetzung“, wetteuerte Schulz und fügte trotz an: „Ich erwarte nichts von ihm“. Allerdings: Barroso dürfte auch Stimmen aus den Reihen der SPE erhalten haben. Das Ergebnis: 382 Ja-Stimmen, 219 Nein-Stimmen und 117 Enthaltungen.

Barrosos Strategie, sich während seiner Bewerbungstour durch die Fraktionen mit Zugeständnissen den Rückhalt zu sichern, ist aufgegangen – aber ebenso waren die EU-Volksvertreter erfolgreich. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Rebecca Harms aus Niedersachsen, zählt zwar zu den Barroso-Gegnern, zeigt sich aber zufrieden mit diesem Umstand: „Wir haben ihn in eine politische Auseinandersetzung gezwungen und auf diese Weise die Wahl politisiert“. Und für den Vechtaer EU-Abgeordneten Mayer steht fest: „Wir sind jetzt ein stärkeres Parlament“.

Wie sehr sich Barroso um die Verlängerung seiner Amtszeit Sorgen machte, war wohl auch am Tag vor seiner Wahl daran zu erkennen, dass er einen ungewohnt engagierten Auftritt im Europäischen Parlament in Straßburg darbot. So dass aus den Reihen einer Besuchergruppe aus dem Oldenburger Münsterland die Einschätzung zu hören war: „Der redet aber Klarheit“. Für Mayer gilt: „Wir Parlamentarier werden ihn genau beobachten“.

## ZUM THEMA

### Buzek übernimmt

Neuer Präsident des Europäischen Parlaments

Straßburg (gio) – Ablösung an der Spitze des Europäischen Parlaments: Am Dienstag hatte der neue Präsident der EU-Volksvertretung, der Pole Jerzy Buzek, seinen ersten großen Auftritt. Er wollte dafür sorgen, dass die Debatten im Plenum „spontaner, intensiver und lebendiger werden“, sagte Buzek.

Der 69-jährige Konservative ist der erste Osteuropäer, der dem Parlament vorsitzt und gilt somit als Symbolfigur der Einheit Europas. Buzek folgt auf den deutschen Christdemokraten Hans-Gert Pöttering aus Bad Iburg. Buzek führte als erste Neuerung eine regelmäßige Fragestunde ein.



Mehr spontane Debatten will Jerzy Buzek. Foto: dpa

## IM ÜBERBLICK

Die Vorhaben von Kommissionspräsident José Manuel Barroso für die neue Amtszeit:

● **Bewältigung der Wirtschaftskrise:** Barroso will die Nachfrage stützen und gleichzeitig verhindern, dass die Arbeitslosigkeit in Europa weiter ansteigt. Er spricht sich dafür aus, das europäische Konjunkturprogramm zügig umzusetzen und wirbt in diesem Zusammenhang auch dafür, die Zinsen niedrig zu halten. Banken sollten einem Krisentest unterworfen werden, schlägt er vor. Der Kommissionspräsident macht zugleich deutlich, dass bereits jetzt Ausstiegsstrategien erarbeitet werden müssen, um künftig ohne staatliche Hilfspakete auszukommen.

● **Vorreiterrolle der EU beim Klimaschutz:** Der Kommissionspräsident wirbt für mehr Investitionen in CO<sub>2</sub>-arme Technologien. So könnten unter anderem Arbeitsplätze geschaffen und Wachstum gefördert werden. Die Bekämpfung des Klimawandels verbessere zudem die Energiesicherheit. Barroso spricht sich für mehr Forschung und Entwicklung aus.

● **Soziale Rechte:** Barroso erteilt einer Absenkung sozialer Standards eine Absage und bekennt sich zum Koalitions- und Streikrecht der Gewerkschaften. Er wirbt außerdem für einen flexibleren Arbeitsmarkt.

● **Globale Märkte:** Der Kommissionspräsident bekennt sich zum Prinzip der offenen Märkte und weist auf Europas Interesse als weltweiter größter Exporteur hin. In der Außenpolitik müssten alle Register gezogen werden, um mit „sanfter Gewalt“ solide Ergebnisse für europäische Unternehmen zu erzielen.

● **Innere Sicherheit:** Barroso will gegen Terrorismus, internationalen Verbrechen und Menschenhandel vorgehen. Er verweist darauf, dass insbesondere die Wirtschaftskrise die Gefahr eines zunehmenden Extremismus erhöhe, „der auf dem Nährboden sozialer und ethischer Spannungen gedeiht“.

● **Einwanderung:** Barroso wirbt für eine gemeinsame Einwanderungspolitik. Vor allem die Wirtschaftsmigration soll besser auf die Bedürfnisse der Arbeitsmärkte abgestimmt werden. Gleichzeitig macht er deutlich, dass illegale Migration bekämpft werden soll.

● **Haushalt:** Barroso spricht sich für eine grundlegende Reform des EU-Haushalts aus. Das Finanzierungssystem der EU habe sich zu einer „verwirrenden, undurchsichtigen Mischung aus Beiträgen und Rabatten“ entwickelt. Es müsse effizienter und transparenter werden. (dtp)